

BRANDBRIEF AN DIE DEUTSCHE POLITIK

Kein zweiter Lockdown!

*Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten!*

Die aktuelle Entwicklung der Corona-Zahlen in Deutschland, Europa und der Welt gibt dem Mittelstand Anlass zu größter Sorge. Denn immer mehr Regionen und auch ganze Staaten wie Spanien werden zu Risikogebieten erklärt und mit entsprechenden Beschränkungen belegt. In Deutschland selbst müssen ständig lokale Hotspots mit harten Restriktionen der Bewegungsfreiheit bekämpft werden. Experten warnen, bis Ende Oktober werde die Zahl der täglichen Neuinfektionen auf über 5000 steigen!

Das Schreckgespenst eines zweiten Lockdown geht umher. Vor allem der Mittelstand ist alarmiert, hat er doch zusammen mit den Selbstständigen die Hauptlast des ersten Lockdown im Frühjahr zu tragen gehabt. Ganze Branchen wie die Gastronomie, die Hotellerie, der Tourismus oder der Messebau kämpfen seither um das Überleben. Und nicht zuletzt die Kunst- und Kreativszene ist existenziell betroffen. Für den Herbst erwarten Experten eine Insolvenzwelle nie gekannten Ausmaßes.

Neben einer Vielzahl gesellschaftlicher, bildungspolitischer und auch psychosozialer Folgen verzeichnen wir handfeste wirtschaftliche Auswirkungen des ersten Lockdown: Der Umsatz der gewerblichen Wirtschaft lag im Juni 9,6 Prozent unter dem Vor-Corona-Wert, die Industrieproduktion im Mai 22,5 Prozent niedriger. Die Schlüsselbranche Autoindustrie verzeichnete ein Produktionsminus von circa 50 Prozent. Unser Exportmotor legte mit einem Minus von 27 Prozent eine Vollbremsung hin, und die Auftragsingänge in der Industrie brachen um fast 31 Prozent weg. Bei diesen Zahlen kann ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 10,1 Prozent im zweiten Quartal nicht überraschen.

DESHALB MUSS EIN ZWEITER LOCKDOWN UNBEDINGT VERHINDERT WERDEN!

Ein erneutes Herunterfahren von öffentlichem Leben und Geschäftsleben wie im Frühjahr würde erheblich größere Schäden in der Wirtschaft und vor allem im Mittelstand zur Folge haben als beim ersten Mal. Denn viele Betriebe haben ihre finanziellen Reserven aufgebraucht und müssten bei einem zweiten Lockdown die Hände heben. Gleiches gilt für die Finanzkraft des Staates. Die Staatsverschuldung steigt schon jetzt um 22 Prozent auf 81 Prozent des BIP. Für einen zweiten „Wumms“ in der Größenordnung von mehr als einer Billion Euro fehlt das Pulver – es wurde bereits verschossen. Kurzarbeiter- und Insolvenz-Sonderregelungen können vielleicht bis zum Wahltag 2021 verlängert werden, aber nicht ewig.

Wir sehen die ökonomische Zukunftsfähigkeit Deutschlands in Gefahr! Millionen Arbeits- und Ausbildungsplätze stehen auf dem Spiel. Der mit einem zweiten Lockdown unweigerlich verbundene massive Anstieg der Arbeitslosigkeit würde die Sozialkassen sprengen. Die Klein- und Mittelbetriebe in unserem Land beschäftigen über 70 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und bilden acht von zehn Azubis aus. Kein noch so großes Rettungspaket kann ihnen den drohenden Umsatzausfall ersetzen.

Weite Teile der deutschen Wirtschaft und mit ihr der Mittelstand gehen stark vorbelastet in den kommenden Corona-Herbst und -Winter. Für Forschung und Digitalisierung, für KI und Produktinnovation wird dann häufig die Kraft fehlen.

ÜBERZOGENER INFektionSSCHUTZ DARF NICHT WIEDER VORRANG VOR DEM SCHUTZ VON WIRTSCHAFT UND WOHLSTAND HABEN

In dieser Lage sind Weitblick und Entscheidungskraft der Politik gefragt. Sie darf nicht erneut einem überzogenen Infektionsschutz den Vorrang vor dem angemessenen Schutz von Wirtschaft und Wohlstand geben. Dieser Standpunkt wird gerne mit dem Hinweis diffamiert, Gesundheit sei wichtiger als Wirtschaft. Dabei ist wissenschaftlich längst erwiesen, dass die Gesundheit der Bürger auch von einer Krise der Wirtschaft massiv bedroht wird.

Auch nach Überzeugung führender Virologen wie Jonas Schmidt-Chanasit gibt es keinen Grund, ganze Schulen wegen weniger Infizierter zu schließen. Trotzdem geschieht es – nicht zuletzt aus Verunsicherung von Schulleitern. Das können wir uns weder in der Schule noch in der Wirtschaft in Zukunft leisten. Die Rückkehr zum gewohnten Präsenzunterricht ist schon angesichts der vielfach ärmlichen Digital-Ausstattung von Schulen ohne Alternative. Gleiches gilt für den Wirtschaftskreislauf. Ein zweiter Lockdown wäre wie ein zweiter Herzinfarkt: deutlich gefährlicher als der erste. Das Aufflackern der Pandemie kann und muss mit lokalen und regionalen Maßnahmen bekämpft werden.

Ein Fünftel aller deutscher Unternehmen sieht bereits jetzt das eigene Überleben durch Corona als gefährdet an. Wir können auf sie

nicht verzichten, wenn Deutschland eine gute Zukunft haben soll! Deshalb fordern wir die Politik auf:

Bitte schließen Sie einen zweiten Lockdown verbindlich aus, damit im Mittelstand wieder stabile Zuversicht Einzug hält!

Entlasten Sie die Unternehmen nachhaltig von Steuern, Abgaben und Bürokratie, damit die Wirtschaft mit neuer Dynamik aus der Corona-Krise hervorgeht!

In der Hoffnung, dass die Sorgen des Mittelstands bei Ihnen Gehör finden, verbleiben wir mit hochachtungsvollen Grüßen



Der BVMW vertritt im Rahmen seiner Mittelstandsallianz bundesweit mehr als 900 000 Mitglieder.

**Weitreichende Netzwerke.
Wirkungsvolle Impulse.
Wertvolle Informationen.**

Weitergehende Informationen und Handlungsempfehlungen zur Corona-Krise und den Folgen finden Sie auf unserer Homepage www.bvmw.de


Dr. J. Leonhardt
Wirtschaftsprüfer
Vizepräsident


Mario Ohoven
Präsident


Dr. M. Pott
Fachanwalt für Steuerrecht
Vizepräsident